WAHLKAMPF IN NRW

Im Hort des Wahnsinns

Wie drei Linke vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen versuchen, Realpolitik zu machen

VON Dagmar Rosenfeld | 22. April 2010 - 08:00 Uhr

© Tschauner/dpa

Wahlkampfveranstaltung der Partei Die Linke in Dortmund

In Krefeld will das Publikum eine »Maschinensteuer für Unternehmen«, weil die Bosse dann menschliche Arbeitskraft nicht mehr durch Maschinen ersetzen würden. In Münster eine »Solidaritätserklärung mit den griechischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern«. In Dortmund fordern einige »ein Recht auf Rausch«.

Willkommen bei der Linken in Nordrhein-Westfalen, jenem Landesverband, der von der Bundespartei als Sammelbecken für »Spinner« bezeichnet wird und dessen Mitglieder auf Parteitagen T-Shirts mit dem Aufdruck »Radikalinsi« tragen. Dieser Landesverband wird nun über die Zukunft der Linken im Westen entscheiden – und über die künftige Regierungskonstellation in Nordrhein-Westfalen, dem Schlüsselland für den politischen Großtrend. Zieht die Linke nach der Wahl am 9. Mai in den Düsseldorfer Landtag ein, reicht es dort wohl weder für ein schwarz-gelbes noch ein rot-grünes Regierungsbündnis. Dann kommt die SPD, will sie ohne die Rüttgers-CDU regieren, an den Linken nicht vorbei.

Wer sind also diese Linken? Zu Besuch bei einer heterogenen Partei, die ihre Identität zwischen programmatischer Radikalität und politischer Wirklichkeit sucht. Zu Besuch bei drei Linken, die als Landtagskandidaten das Bild ihrer Partei nach außen prägen.

Es ist ein besonderer Tag für Carolin Butterwegge, Ehefrau von Christoph Butterwegge, Politik-Professor an der Uni Köln, ehemaliger Sozialdemokrat und in der linken Szene eine große Nummer. Carolin Butterwegge hat heute den Vorabdruck ihrer Dissertation

über *Kinderarmut bei Migranten* abgegeben. Eigentlich ein Grund zum Feiern, doch weil Wahlkampf ist, feiert die schlanke Frau mit dem roten Mantel nicht, sie diskutiert. Seit 2005 gehört sie zur Partei, sie ist in die WASG eingetreten, als klar war, dass west- und ostdeutsche Linke eins werden wollen. »Politisch engagiert bin ich immer gewesen«, sagt Butterwegge. Zur SPD oder den Grünen wollte sie aber nicht, »weil die keine wirklich linke Politik machen«.

Butterwegge, die als Sozialarbeiterin in Kenia Straßenkinder und in Köln Obdachlose betreut hat, sah in der Fusion von WASG und PDS die Chance, eine Partei mitzugestalten, die ihrem politischen Anspruch gerecht würde. Und so hat sie in Köln geholfen, der Linken Struktur zu geben, Ortsverbände aufgebaut und versucht, resistente Trotzkisten wie Fusionsverweigerer einzubinden. Nun hat ihre Partei sie auf Platz drei der Landesliste gewählt.

Carolin Butterwegge gehört zur Sozialistischen Linken (SL), die zusammen mit der Antikapitalistischen Linken (AKL) zu den beiden Strömungen zählt, die in NRW das Sagen haben – und deren interne Machtkämpfe lange die Partei beherrscht haben. Die AKL ist radikal, die SL beschreibt sich als radikal und realistisch. Hört man Butterwegge zu, scheint das zu stimmen. Sie sagt Sätze wie: »Unsere Gegner sind CDU und FDP, nicht die Sozialdemokraten.« Oder: »Abseits des Wahlkampfgetöses ließen sich genug Gemeinsamkeiten zwischen SPD, Grünen und Linken finden.«

Das ist wenige Stunden später in Krefeld bei einer Diskussionsrunde über Sozialpolitik zu beobachten. Auf dem Podium sitzen Butterwegge, der SPD-Bundestagsabgeordnete Anton Schaaf und sein CDU-Kollege Ansgar Heveling. Der CDU-Mann sagt, er sei gelernter Jurist und Sozialpolitik eigentlich nicht sein Thema. »Was will er dann hier?«, fragt ein älterer Mann aus dem Publikum. Heveling scheint sich das auch zu fragen.

»Da kann ich nur zustimmen« – so beginnt SPD-Mann Schaaf viele seiner Sätze, wenn er auf die Ausführungen von Butterwegge antwortet. Und so beginnt auch Butterwegge viele ihrer Sätze, wenn sie Schaafs Ansichten kommentiert. Ob bei der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn oder nach einer solidarischen Rentenversicherung – zumindest auf diesem Podium sind sich Linke und SPD einig. Als ein Referent für ein bedingungsloses Grundeinkommen plädiert, erklärt Butterwegge dem linken Mainstream zum Trotz: »Ich halte nichts davon, nach dem Gießkannenprinzip zu alimentieren.« Schaaf nickt heftig mit dem Kopf, so wie ein Wackeldackel auf der Autorückbank. Am Ende sagt er: »Wenn man ideologiefrei miteinander umgeht, sind Bündnisse durchaus möglich.« Butterwegge lächelt verlegen.

Hat der Sozialdemokrat der Linken gerade einen Koalitionsantrag gemacht? Ausgerechnet der Partei, die von der SPD als »nicht koalitionsfähig« bezeichnet wird und die ein »Hort des Wahnsinns« sein soll, wie selbst führende Linke sagen. Nun, der Wahnsinn relativiert sich, je nachdem welchen Maßstab man anlegt.

Natürlich sind die Forderungen der NRW-Linken nach Vergesellschaftung der Stromkonzerne, Auflösung des Verfassungsschutzes und Entkriminalisierung von weichen illegalen Drogen radikal. Andererseits hat die Bundeslinke selbst gerade den Entwurf für ein Grundsatzprogramm vorgelegt, das die öffentliche Daseinsvorsorge in staatliche Hand geben, strukturbestimmende Betriebe vergesellschaften und den Generalstreik erlauben will. Nimmt man diesen Entwurf als Maßstab, dann stellt sich die Frage, wo die »radikalen Spinner« sitzen, in Düsseldorf oder in Berlin?

Ein anderer Maßstab sind die Positionen der SPD. So fordert die NRW-Linke etwa Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich. Das hat auch die SPD schon getan. Die NRW-Linke will die Stromkonzerne verstaatlichen. Das wollte die SPD vor zwei Jahren in Hessen auch. Und beim Thema Bildung sind sich Linke und SPD im Kern einig: Keine Studiengebühren, längeres gemeinsames Lernen an Schulen.

Noch vor einem Jahr bejubelten die NRW-Linken Sahra Wagenknecht, als sie »zur prinzipiellen Opposition gegen die SPD« aufrief. »Wir wollen regieren«, lautet heute die offizielle Parteilinie. Hinter der steht allerdings nicht die gesamte NRW-Linke. Denn Mitregieren bedeutet Kompromisse eingehen. Für eine Partei, die sich in weiten Teilen über ihre Kompromisslosigkeit definiert, ist das fast unmöglich. »Unser Alleinstellungsmerkmal ist unsere Glaubwürdigkeit«, beschreibt ein Mitglied des Landesvorstands ihr Problem mit dem Regieren. Glaubwürdig zu wirken ist für die Linke in NRW bisher kein Problem gewesen, sie konnte alles fordern und musste nichts umsetzen. In einer Regierungskoalition wäre es damit vorbei.

Özlem Demirel, AKL-Sympathisantin, 25 Jahre jung und auf einem sicheren Listenplatz, schätzt das Opponieren. »Dass heute im Bundestag über einen gesetzlichen Mindestlohn und den Abzug aus Afghanistan debattiert wird, ist das Verdienst der Linken. Auch in der Opposition kann man eine Menge erreichen.« Worte, die man als Idealismus einer jungen Frau abtun könnte, die noch früh genug in der parlamentarischen Realität ankommen wird. Nur Demirel ist Berufspolitikerin, seit 2004 sitzt sie im Kölner Stadtrat. Kommunalpolitik sei pragmatisch, da gehe es um konkrete Projekte. In der Landespolitik aber gehe es um Grundsätzliches, findet sie und zählt ihre Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung auf. Es sind jene zehn Punkte, die ihre Partei vor Kurzem in einem Dringlichkeitsprogramm verabschiedet hat – von der Abschaffung der Ein-Euro-Jobs für Hartz-IV-Empfänger bis zur Bildungsreform. Dieses Programm eins zu eins umsetzen zu wollen bedeutet: »Regieren? Nein danke!«

Rüdiger Sagel ist so etwas wie die Vorhut im Landtag: 2007 ist er bei den Grünen aus- und bei der Linken eingetreten. Seitdem sitzt er als fraktionsloser Abgeordneter im Parlament. Hier hat man ihm als Büro einen Raum im Keller zugewiesen, neben den Toiletten. Er wehrt sich mit Penetranz und Provokation, 180 Reden hat der Mann aus dem Keller im Parlament gehalten. Vor zwei Wochen ist er des Plenarsaals verwiesen worden, weil er ein Foto von Rüttgers mit der Aufschrift »Miet mich« hochgehalten hat.

Jetzt sitzt Sagel in Münster, neben ihm referiert der Bald-Bundesvorsitzende Klaus Ernst im pinkfarbenen Hemd und hellen Anzug über die Millionärssteuer. Sagel dagegen wirkt mit Kordsakko und Strickpulli wie ein grünes Relikt aus den achtziger Jahren. Den Grünen hat er bei seinem Austritt vorgeworfen, sie würden in NRW Bündnisse mit der CDU vorbereiten. Er hat recht behalten. Nur, wenn Sagel den Grünen vorwirft, linke Positionen zu verraten, kann er dann ein rot-rot-grünes Bündnis wollen? »Bei dem derzeitigen Personal von Grünen und SPD kann ich mir Rot-Rot-Grün nur schwer vorstellen.« Eine Haltung, die viele in der Linken teilen. Und wie Özlem Demirel verweist auch Sagel auf die Umsetzung des linken Direktprogramms als Bedingung für eine Regierungsbeteiligung. Aber wie will die Linke ihre Wohltaten finanzieren? Als ehemaliges Mitglied im Haushaltsausschuss muss Sagel das wissen. »Landespolitisch haben wir da wenig Stellschrauben, wir können vielleicht ein, zwei Milliarden umschichten«, sagt er. Im Klartext: Die Forderungen der Linken sind nicht bezahlbar, Anspruch und Wirklichkeit gehen nicht zusammen.

Wohin das führt, ist bei der FDP zu beobachten. Als Oppositionspartei hat sie eine Steuerreform in Höhe von 35 Milliarden Euro versprochen. Ein Vorhaben, so unfinanzierbar wie das linke Dringlichkeitsprogramm. Gewählt worden ist die FDP trotzdem. Nun ist sie in der Regierung, die große Steuerreform fällt aus, und die Partei steckt im Umfragetief. Angesichts ihrer Versprechungen bleibt der Linken wohl nur die Opposition, will sie erfolgreich sein. Das ahnt nicht nur Sagel.

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 22.04.2010 Nr. 17
ADRESSE: http://www.zeit.de/2010/17/Die-Linken